

Sparpaket unter Beschuss

St. Galler Kantonsrat. Bis zu 100 Mio. Franken soll der Kanton in den nächsten Jahren sparen. FDP, SVP und der Finanzkommission ist das deutlich zu wenig. Grüne, Grünliberale und EVP stellen den Antrag auf Rückweisung.

Ohne Gegenmassnahmen drohen dem Kanton St. Gallen zwischen 2012 und 2014 jährlich Defizite zwischen 257 und 312 Mio. Franken. Die Regierung möchte mit einer Verzichtsplanung im gleichen Zeitraum Einsparungen von jährlich 59 bis 99 Mio. Franken erreichen. Der hohe Eigenkapitalbezug sorgt dafür, dass das Vermögen bis Ende 2014 auf 100 Mio. Franken schmelzen wird.

Die St. Galler SP übt heftige Kritik am Sparpaket der Regierung. Die SP habe seit Jahren davor gewarnt, dass die «unverantwortliche Steuerpolitik von CVP, FDP und SVP ein grosses Loch in die Kantonskasse reissen wird». Mit der Behandlung des Sparmassnahmen-Pakets beginne nun das grosse Aufräumen. Die SP will sich in der Februarsession gegen den geplanten Aufschlag im Tarifverbund Ostwind zur Wehr setzen. Auch Anpassungen bei den Ergänzungsleistungen und Einsparungen beim Energieförderprogramm werden bekämpft.

Als «skandalös» bezeichnet die SP-Fraktion die geplante Kürzung des Kantonsanteils bei der Spitalfinanzierung. Die gesparten Kosten würden 1:1 auf die Prämien überwält. Statt Kosten zu verlagern und Leistungen abzubauen, sind für die SP Steuererhöhungen «nicht tabu». «Absolut unverantwortlich» findet die SP, dass die Finanzkommission bereits nach einem neuen 50-Millionen-Sparpaket rufe.

Gegen Gebührenexplosion

Nicht nachvollziehbar ist für die SP, dass eine Grafikerausbildung neu 10 000 Franken und der Besuch der Lehrwerkstätte für Bekleidungsgealterinnen 15 000 Franken kosten soll. Auch die CVP und die SVP lehnen die «Gebührenexplosion» bei den Lehrwerkstätten ab. Kein Verständnis zeigt die CVP ausserdem für den «Kahlschlag» bei den Staatsbeiträgen an die drei nichtstaatlichen Gymnasien Untere Waid, Marienburg und Friedberg. Die Erhöhung der Tarife im öffentlichen Verkehr seien angesichts des stark verbesserten Angebots vertretbar. Nicht akzeptieren würde die CVP eine summierte Erhöhung der Tarife durch Bund und Kanton von über 15 Prozent.

Mehr Einsparungen gefordert

Die FDP, die SVP und die Finanzkommission fordern weitere Einsparungen von 50 Mio. Franken. Hauptkritikpunkt der Finanzkommission an der Vorlage der Regierung ist, dass die Massnahmen nicht ausreichen, um das strukturelle Defizit zu beseitigen.

Aus der Sicht der FDP beinhalten nur wenige der 54 Sparvorschläge der Regierung

einen wirklichen Ausgabenverzicht. In vielen Fällen sollen stattdessen Gebühren erhöht oder Aufgaben an die Gemeinden überwältzt werden.

Die Finanzkommission unterstützt grundsätzlich die Entlastungsmassnahmen der Regierung. Stärker sparen will die Finanzkommission beim Kostenanteil, den der Kanton bei Spitalbehandlungen übernimmt. Zudem soll bereits im Voranschlag 2012 der Eigenkapitalbezug um 40 Mio. Franken tiefer ausfallen.

Sparen in der Kulturförderung

Steuererhöhungen lehnen sowohl die FDP als auch die SVP ab. In der Kulturförderung orten die beiden Fraktionen zusätzliches Sparpotential. Massive Einsparungsmöglichkeiten bestehen aus freisinniger Sicht auch bei der Kompensation des Prämienanstiegs als Folge der Übergangsregelung zur neuen Spitalfinanzierung. Die Abschaffung des Schwerpunktfaches Italienisch an den St. Galler Mittelschulen bringe nur eine bescheidene finanzielle Wirkung, kritisiert die FDP. Die SVP verlangt von der Regierung ein Investitionsprogramm mit klaren Prioritäten und einer jährlichen Kostenobergrenze. Zusätzliche Einsparungen dürften aber nicht mit höheren Gebühren oder Kostenverlagerung auf die Gemeinden kompensiert werden. Rückgängig machen will die SVP die Kürzung der Beiträge an die Fachstelle Kinderschutz. Verzichtet werden kann aus Sicht der SVP auf die fünfte Session des Kantonsrats.

«Echtes Sparen ja, blosses Verlagern nein», das ist die Reaktion von Grünen, Grünliberalen und EVP zur Verzichtspannung der St. Galler Regierung. Die Spirale von Steuerwettbewerb, Steuersenkungen und Sparmassnahmen müsse durchbrochen werden. Die Fraktion wird das Sparpaket zurückweisen. Damit soll der Regierung der Auftrag erteilt werden, die Einnahmenseite ernsthaft anzugehen. Ausserdem soll die Verwaltung auf Möglichkeiten der Effizienzsteigerung geprüft werden.

Den Antrag der Finanzkommission nach einem weiteren Sparpaket von 50 Millionen Franken lehnt die Fraktion von Grünen, Grünliberalen und EVP ab. (sda)